

# Die Republikaner REP

vertreten im Kreistag des Landkreises Fulda

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden  
Franz Rupprecht  
Wörth-Str. 15  
D-36037 FULDA

## Resolution (Lfd. Nr. 9/2015) „Zweiter Versuch“

**Bez.: Kreistag** am Montag, den 15. Februar 2015/ 14.00 Uhr (letzte Sitzung)

Seit Monaten überschreiten Zuwanderer aus der ganzen Welt unkontrolliert die deutschen Aussengrenzen. Infolgedessen muß der Landkreis Fulda wöchentlich 30, 50 oder jetzt 140 Zuwanderer aufnehmen. Diese Völkerwanderung ist nicht gott- gegeben, sondern liegt allein darin begründet, daß die Aussengrenzen wider das Gesetz nicht mehr geschützt werden. Leidtragende sind die Menschen in den 402 Landkreise bzw. kreisfreien Städte. Die Kreisverwaltung hat sich in erster Linie um die 216 000 Menschen im Landkreis Fulda zu kümmern und nicht Helferlein für alle Menschen auf dieser Welt zu spielen, denen es an Sicherheit und materieller Versorgung mangelt, zumal die Ursachen gerade nicht von uns gesetzt worden sind. Diese Zuwanderer sind unserer Sprache nicht mächtig, unserer Kultur fremd und mit Masse bis an Ihr Lebensende alimentierungsbedürftig. Zusätzlich sind 80 % männlich und im besten wehrfähigen Alter. Das Landratsamt Fulda ist dazu da, den Bürgern des Landkreises Fulda zu dienen. Es kann nicht sein, daß es Weltsozialamt auf Kosten der Landkreisbürger „spielen“ muß.

### Der Kreistag möge deshalb beschließen:

Das Landkreispapament Fulda fordert die Bundeskanzlerin **und** das Land

Hessen auf, die **wöchentliche Zuweisung** an Zuwanderern in den Landkreis Fulda einzustellen.

2.) Die identifizierten Nicht-Flüchtlinge und Schein-Asylbewerber unter den Zuwanderern (ca. 45 %) aus dem Landkreis Fulda zu entfernen, da sie das Personal der Kreisverwaltung unnötig belasten und den Steuerzahler unnötig Geld kosten.

3.) daß **Geldleistungskürzungen**<sup>8</sup> an Asyl-Bewerber und Flüchtlinge erheblich verringert werden, um so keinen Anreiz zu bieten, daß noch weitere Millionen an Zuwanderer in das Sozialparadies Deutschlands kommen.

A. J. Rummel<sup>9</sup>

Kreistagsabgeordneter

Fulda, den 14. Dezember 2015/ 13.08 Uhr



Das Vorsitzende  
Kreistag des Landkreises Fulda

Eingang: 26. Jan. 2016

<sup>8</sup> Schwäbische Zeitung (S.5), Rasmus Buchsteiner, „Streit ums Taschengeld für Flüchtlinge“, seit März 2015, Taschengeld 143,- € pro Monat/ pro Asylant, Zuwanderer/ Kriegsflüchtling/ IS-Terroristen/ Wirtschaftsflüchtling  
<sup>9</sup> Tel.: 0661/ 603746      anton.rummel@gmx.de      Fax: 0661/603782      Fu: 0173/6522487